



UN-kontrolliertes Elend in Haiti

Die neue Premierministerin wird einen schweren Stand haben

Am 15. Juli zogen Zehntausende durch die Straßen von Port au Prince, um auf diese Weise dem vor vier Jahren gewaltsam aus dem Land vertriebenen Jean Bertrand Aristide zu seinem 55. Geburtstag zu gratulieren. Die DemonstrantInnen gaben deutlich zu verstehen, dass sie ihren immer noch sehr populären „Titid“ endlich wiederhaben wollen. Nur er sei in der Lage, die seit Monaten anhaltende Hungerkrise im Lande zu lösen. Ein Statement von dem in Südafrika lebenden Aristide zu der politischen Krise in Haiti war bisher nicht zu hören. Ob er überhaupt noch ein Interesse an einer Rückkehr in die Turbulenzen seiner Heimat hat, kann derzeit wohl nur er beantworten.

Die Haitianerinnen und Haitianer befinden sich in einer unwürdigen Situation des Elends, die sich kaum mehr beschreiben lässt. Nicht nur, dass das Überleben für die Masse der EinwohnerInnen fast nur noch durch Zuwendungen aus dem Ausland – ob durch Überweisungen der haitianischen Diaspora oder durch Nahrungsmittelhilfe und andere Hilfsprojekte des WFP und der Weltbank –, im Extremfall sogar durch den Verzehr der inzwischen zu trauriger Berühmtheit gelangten „Schlammplätzchen“ gelingt. Haiti ist überdies ein seit vier Jahren von fremden Truppen besetztes Land, dem man offensichtlich nicht mehr zutraut, selbst mit seinen Problemen fertig zu werden. Und es ist ein von einer kleinen Elite schamlos ausgenutztes Land, die sich keiner Schweinerei zu schade ist, wenn es darum geht, die eigenen Privilegien zu halten oder zurückzuerobern.

VON ULRICH MERCKER

Zwei Jahre lang hatte die UN-Verwaltung gebraucht, um Wahlen für ein neues Parlament und einen neuen alten Präsidenten zu organisieren, Zeit genug für die reaktionären Kräfte, sich neu zu sortieren, innerhalb und außerhalb des Landes. Zwar wurde mit René Préval im April 2006 ein ursprünglich Aristide nahestehender Kandidat an die Spitze des Staates gewählt, der bereits von 1996-2000 das Amt innehatte. Dessen Handlungsspielraum blieb jedoch zwischen den Anweisungen des MINUSTAH-Kommandos und den Manövern der alten wiedererstarkten politischen „Elite“ eingezwängt. Eine wirksame Bekämpfung der kriminellen Banden, die das Leben in der Hauptstadt, vor

allem aber auch im Landesinnern, zu einem (Un)Glücksspiel haben werden lassen, war so nicht möglich. Die Strukturen des organisierten Verbrechens – Entführungs- und Drogenkartelle – konnten sich nahezu ungehindert verfestigen.

Nahezu, da die UN-Blauhelme wenigstens in der Hauptstadt und ihrer Umgebung gelegentlich martialisch auftraten und dabei auch nicht vor dem Einsatz schwerer Waffen zurückschreckten. Der frühere brasilianische Oberkommandierende der Blauhelme war an dieser ihm zugeachteten Rolle zerbrochen und hatte seinem Leben im Januar 2006 ein Ende gesetzt.

Die ca. 8000 überwiegend lateinamerikanischen Blauhelme werden von der haitianischen Bevölkerung inzwischen mehrheitlich als Besatzungstruppen angesehen. Dies wurde während der Hungerrevolte im April dieses Jahres deutlich, als vielfach der Ruf nach Abzug der UN-Truppen laut wurde. Diese waren es schließlich, die die Regierung Préval unter Waffeneinsatz gegen eine aufgebrachte Menge schützten. Um seinen eigenen Kopf zu retten, war Préval gezwungen, seinen Premierminister Alexis zu entlassen. Seit dem 12. April nun herrschen in Haiti „hessische“ Verhältnisse. Ein entlassener Ministerpräsident führt formal die Regierungsgeschäfte weiter, zwei vom Präsidenten vorgeschlagene Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt wurden von den Abgeordneten abgelehnt, die dritte Kandidatin, Michelle Pierre-Louis,



wurde am 31. Juli nach langem Tauziehen und einer verlogenen Moraldebatte über ihre angeblichen homosexuellen Neigungen ohne Gegenstimme und bei fünf Enthaltungen akzeptiert und mit der Regierungsbildung beauftragt. Die ist bis Redaktionschluss allerdings nicht gelungen, geschweige denn vom Parlament bestätigt worden. Es deutet einiges darauf hin, dass ein Teil der politischen Kräfte genau darauf abzielten, nämlich die Bildung einer handlungsfähigen Regierung scheitern zu lassen. An dem Gezerre um die Wahl einer/s NachfolgerIn für den entlassenen Premierminister Alexis und die Bildung einer neuen Regierung lässt sich paradigmatisch die völlig verfahrenene Situation des Landes darstellen.



Frau Pierre-Louis eilt der Ruf einer erfahrenen und engagierten Bildungs- und Kulturpolitikerin voraus, die auch schon im ersten Kabinett Aristides ein Regierungsamt bekleidete. Seit vielen Jahren arbeitet sie als Geschäftsführerin der von George Soros finanzierten Stiftung FOKAL (*Fondation Konaisens ak Libetè*, was so viel bedeutet wie Stiftung für Freiheit der Wissenschaft) und hat sich in dieser Zeit um den Bau zahlreicher Bibliotheken und Schulen auf dem Lande verdient gemacht. Ihr Gestaltungsspielraum bei der Bildung einer neuen Regierung wird allerdings äußerst eingeschränkt sein. Bereits beschädigt durch die Rufmordkampagne einiger evangelikaler Kirchen und Abgeordneter muss sie zusätzlich darauf achten, nicht als Steigbügelhalterin für noch größeren Einfluss der nationalen und internationalen NRO auf das Regierungshandeln in Verruf zu geraten. In einem Leitartikel der *Préval* durchaus nicht übel gesonnenen Wochenzeitschrift „Haiti en marche“ hieß es bereits Anfang Juli: „Kommen jetzt die NRO endgültig an die Macht?“ Darin wird darüber spekuliert, dass der *brain drain*, der schon in der Vergangenheit viele fähige Leute aus der öffentlichen Verwaltung in die besser bezahlten Stellen bei devisa-kräftigen NRO getrieben hat, sich unter ihrer Regierung noch verstärken könnte.

In der Tat tummeln sich neben den Tausenden UNiformierten auch Hunderte NRO-Vertreter aus aller Welt in dem Land von der Größe Hessens. Ein Masterplan, mit dessen Hilfe deren Aktivitäten auf sinnvolle Weise koordiniert werden könnte, existiert nicht. Jeder tut, was er kann, auf dem Lande, in den Städten, bei der Ernährungssicherung, der Erziehung oder auch in der Politikberatung. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, UNDP, möchte als Schaltstelle



ernstgenommen werden, die Regierung achtet auf ihre vermeintliche Souveränität und faktisch laufen die wichtigsten Informationen bei der US-Entwicklungsbehörde USAID zusammen. Dazwischen sind die Mitarbeiter von

GTZ, DED, Welthungerhilfe und des einen oder anderen kirchlichen Hilfswerks bemüht, Armutsbekämpfungsprogramme umzusetzen. Auf dem Gesundheitssektor gibt es allerdings ein Projekt, das bereits seit acht Jahren einige Erfolge aufzuweisen hat. Mehr als 500 cubanische Ärzte leisten Hilfestellung bei der Ausbildung von Landärzten und dem Aufbau eines Basisgesundheits-

dienstes in ländlichen Regionen. Auch die Hilfe der venezolanischen Regierung beim Bau von soliden Markthallen und bei der Versorgung mit Öl zu vergünstigten Konditionen ist nicht zu verachten.

Aber selbst diese Maßnahmen sind nur Trostpflaster für eine von Zerrüttung gezeichnete, schwer traumatisierte Gesellschaft. Die haitianische Mehrheitsgesellschaft ist für ihre Kühnheit, sich mit der Figur des damaligen Armenpriesters Aristide gewissermaßen selbst an die Macht zu wählen, schwer bestraft worden. Zunächst mit einem viele Opfer fordernden Militärputsch vom Herbst 1991-1993, später mit erneuter Ächtung durch die internationale Gemeinschaft und zuletzt durch den organisierten Rachefeldzug der einstmaligen Entmachteten, der demobilisierten Militärs und einer korrupten politischen Klasse, die sich nun wieder gute Chancen ausrechnet, ihre persönlichen Geschäfte im Schatten einer schwachen Regierung in Ordnung zu bringen.

Alarmieren muss in diesem Zusammenhang die Meldung in den haitianischen Tageszeitungen vom 30. Juli, wonach 200 ehemalige Armeeingehörige in der zweitgrößten Stadt des Landes, Cap Haitien, im Handstreich ein altes Gefängnis besetzten und die Wiedereinführung der 1994 von Aristide aufgelösten regulären Militärstreitkräfte forderten. Die Aktion war angeblich begleitet von Hochrufen auf die USA und der Versicherung, dass sie weder gegen die nationale Polizei noch gegen die UN-Truppen gerichtet sei. Man wolle lediglich dafür sorgen, dass der Kampf gegen Kriminelle und Terroristen endlich wieder effektiv geführt werden könne. Nebenbei wurde allerdings auch die Forderung nach rückwirkender Bezahlung des seit 14 Jahren entgangenen Solds laut.

Dass diese operettenhafte Aktion ohne Blutvergießen durch resolutes Auftreten der haitianischen Polizei und einer Blauhelmkompanie nach 24 Stunden wieder beendet werden konnte, bedeutet nicht, dass das Thema damit vom Tisch wäre. In jedem Winkel des Landes könnte sich wahrscheinlich jederzeit ein ähnliches Schauspiel ereignen. Bonne Chance, Mme Pierre-Louis! ♦